

polizisten“ im Meinungsgedränge um den Präsidenten.

Das letztere hatte Präsident Eisenhower eigentlich nur gewollt, als er 1953 das Amt des Sicherheitsberaters einführte. Doch schon McGeorge Bundy, Sicherheitsberater unter Kennedy und Johnson, erlag der Versuchung, mitmischen zu wollen, statt nur zu verwalten. Er wurde ein Anwalt der Eskalation des Vietnam-Krieges, und das hatte unter anderem zur Folge, daß „Leute mit abweichender Meinung sich andere Wege der Kommunikation mit Johnson suchen mußten“ (Destler).

Am gründlichsten wertete Henry Kissinger unter Richard Nixon seinen Beraterjob auf, indem er den Außenminister William Rogers absichtlich über wichtige außenpolitische Entscheidungen ununiformiert hielt.

Kissinger gefiel sich in der Glamour-Rolle eines Super-Sonderbotschafters, der auf der Jagd nach Blitzerfolgen um den Erdball flog. Als unabhängiger außenpolitischer Berater hätte Kissinger seinen Präsidenten vor den Bravourstücken des Doktor Henry K. warnen müssen.

So sieht es Kissinger in der Tat heute selbst. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, sagte er in einem Interview mit „Time“, sollte Außenpolitik nicht selbst machen wollen. Er sollte vielmehr Optionen anbieten und „sicherstellen, daß jedermann fair gehört wird“. Kissinger reumütig: „Als ich selbst diesen Posten innehatte, habe ich jede einzelne dieser Regeln verletzt.“

Dabei repräsentiert Kissinger — der gerade wieder als selbsternannter Superdiplomate durch den Nahen Osten schweift — ein Prinzip der Außenpolitik, das ins 19. Jahrhundert gehört: die Vorstellung nämlich, daß einzelne, weiße Staatsmänner am geopolitischen Schachbrett in genialen Zügen das Schicksal ihrer Länder in der Welt lenken könnten.

Außenpolitik in den achtziger Jahren aber ist komplexer, irrationaler, unberechenbarer geworden, als sie sogar noch zu Kissingers Amtszeit war. Auch das entwertet den Außenminister und hebt die Bedeutung des Sicherheitsberaters im Weißen Haus.

Vieles deutet daraufhin, daß in der Außenpolitik der neuen Administration auch mit solchen Waffen gefochten werden soll, die nicht zum Arsenal des Außenministeriums gehören: mit der Vergabe oder dem Entzug von Lebensmitteln, mit rüstungspolitischen Maßnahmen oder mit der Wühlarbeit von Agenten gegen nicht willfähige Regierungen.

Vor diesem Hintergrund klingt die Einschätzung des „Christian Science Monitor“ von voriger Woche realistisch: „Das State Department wird — leider — wohl zu einem Museum der in den achtziger Jahren weniger wichtigen Werkzeuge von Staatskunst werden. Es ist nicht mehr konkurrenzfähig.“

TSCHAD

Krieg der Sände

Gaddafi vereinnahmte den Tschad — und schuf sich damit neue Feinde in Afrika.

Nie hat die Welt ihn richtig ernstgenommen, wenn er Putsche anzettelte, zum Vernichtungskrieg gegen Israel aufrief oder rächende Revolvermänner ins Ausland ausschwärmen ließ. Oberst Muammar el-Gaddafi war für die meisten seiner Kollegen immer nur ein „kopflöser Irrläufer“ (so Marokkos König Hassan).

Zu grotesk waren seine zahlreichen Vereinigungsversuche erst mit Ägypten, dem Sudan und Syrien, dann wieder mit Ägypten, dann mit Tunesien und schließlich ein zweites Mal mit Syrien.



Fast zehn Jahre lang hatte Gaddafi den Bürgerkrieg zwischen dem schwarzen Süden und dem Tubu-Stamm im arabischen Norden des Tschad geschürt. Erst unterstützte er Tubu-Führer Hissen Habre, dann, als Habre mit seinen „Nordstreitkräften“ (FAN) zur Regierung in der Hauptstadt Ndjamena überlief, dessen Rivalen Gukuni Weddei.

Im August 1979 fanden sich die beiden Tschad-Parteien im nigerianischen Lagos zu einer gemeinsamen Regierung mit Gukuni als Präsident und Habre als Verteidigungsminister zusammen. Die Koalition jedoch hielt nicht mal ein halbes Jahr, dann entbrannte der „Krieg der Sände“ mit neuer Wucht.

Monatelang krallten sich die Verbände der Gegner in Ndjamena fest, ohne daß sich der Frontverlauf auch nur um einen Meter änderte. Bewegung kam erst wieder in den Krieg, als Mäzen Gaddafi eingriff.



Partner Gaddhafi, Gukuni Weddei: „Eine unmögliche Ehe“

Vergangene Woche aber gelang ihm eine „Fusion“, die auch seine Gegner ernstnehmen.

In einem gemeinsamen Kommuniqué haben Gaddafi und Tschad-Präsident Gukuni Weddei bekannt, sie hätten Libyen und den Tschad zu einem Unionsstaat vereinigt. 400 Jahre nachdem der Araber-Sheriff Achmed el-Mansur Timbuktu eroberte, stößt damit erstmals wieder eine arabische Macht nach Schwarzafrika vor.

Und zum ersten Mal in der rund 20jährigen Geschichte des unabhängigen Afrika wird ein afrikanischer Staat (fünffmal so groß wie die Bundesrepublik, aber nur vier Millionen Einwohner), von einem anderen afrikanischen Staat vereinnahmt. Denn das steht für Freund und Feind außer Zweifel: Die „Union“ ist nichts als eine schlecht verschleierte Eroberung.

Mitte Dezember rückte eine Gaddafi-Truppe, von Sowjets und Kubanern logistisch unterstützt, mit 50 sowjetischen T-52-Panzern in Ndjamena ein. Trotz verbissenen Widerstands mußten Habre und seine FAN-Truppen wenige Tage vor Weihnachten die Waffen strecken.

Doch soviel scheint jetzt schon sicher: Gaddafi wird an seinem Sieg nicht viel Freude haben. Oberst Kamougué, starker Mann im Gukuni-Lager, erklärte bereits am Tag nach Vertragsschluß, er fühle sich nicht an die Vereinbarung seines Präsidenten gebunden. Denn: „Die Union mit Libyen ist wirklich eine unmögliche Ehe.“

Und in Afrika löste Gaddafis Eroberung einen Proteststurm aus. Die Regional-Großmacht Nigeria schloß die libysche Botschaft in Lagos und gab dem Personal 48 Stunden Zeit, das

Land zu verlassen. Ägyptens Sadat, Gaddafis stärkster Feind, schickte seinen Außenminister Butrus Ghali auf Afrika-Tour, um die wachsenden anti-libyschen Ressentiments zwischen Sahara und Sambesi zur Bildung einer Front gegen Tripolis zu nutzen.

Die Angst vor der libyschen Gefahr hat in Afrika an Boden gewonnen, seit Gaddafi sich offen in afrikanische Krisen einmischt. Anfang 1979 etwa scheiterte ein libysches Expeditionskorps am Äquator bei dem Versuch, Ugandas Diktator Idi Amin vor dem Sturz zu retten. Ein Jahr später schlug die Regierung in Tunis mit französischer Hilfe einen von Gaddafi angezettelten Putsch in Gafsa, Südtunesien, nieder.

Vor allem die militärisch schlecht gerüsteten Sahel-Staaten fürchten jetzt, sie könnten die nächsten Opfer libyscher Expansionsstrategie werden und einem vom Roten Meer bis zum Atlantik reichenden „Islamischen Sahel-Staat“ einverleibt werden, von dem Gaddafi träumt.

Furcht und Groll der Afrikaner bekam zuerst die Tschad-Schutzmacht Frankreich zu spüren, weil sie sich, sonst mit Eingreifen in Afrika nicht zimperlich, dem libyschen Hegemoniestreben nicht in den Weg gestellt hatte.

„Frankreich“, so mahnte Zaire-Staatschef Mobutu, „hätte sich nicht aus dem Tschad zurückziehen dürfen, denn es hat eine gewisse moralische Verantwortung in dieser Situation.“ Und Senegals Léopold Senghor forderte eine „gemeinsame afrikanische Front gegen den libyschen Imperialismus“.

Indizien sprechen dafür, daß Frankreichs seltsame Zurückhaltung im Tschad tiefere Gründe hatte: Wenige Tage bevor Gaddafis Afrikakorps zum Sturm auf Ndjamena antrat, weilte Gaddafis Außenkommissar Ahmed el-Schahati zu Besprechungen mit seinem Kollegen François-Poncet im Pariser Quai d'Orsay.

Wenige Tage danach gab die zu 60 Prozent staatliche Erdölgesellschaft



Chanel-Geschäft in Paris nach Attentat: Bomben für Guadeloupe

„Elf-Aquitaine“ bekannt, sie habe mit Libyen einen Vertrag über umfangreiche neue Probebohrungen geschlossen, gewiß nicht ohne Billigung der Pariser Behörden.

Erschrocken über das harsche Echo auf Frankreichs Doppelspiel, schritt der Elysée Ende letzter Woche zu einer regierungsamtlichen Verurteilung der libyschen Aggression. Und Industrieminister André Giraud beilegte sich mitzuteilen, die Mittel für die Probebohrungen in Libyen seien fürs erste eingefroren. Auf Ersuchen der Sahel-Staaten kündigte Paris vorigen Freitag schließlich seine Bereitschaft zu militärischer Hilfe an.

FRANKREICH

Morgen Wut

Martinique und Guadeloupe – in den Resten des französischen Kolonialreichs bomben Guerillakämpfer für die Unabhängigkeit, neuerdings sogar in Paris.

Um Mitternacht, so lautete die Drohung, werde die Frist ablaufen, danach würden die Franzosen als „Feinde betrachtet und als solche behandelt“.

Die Verfasser des Ultimatums: eine Befreiungsfront der französischen Karibik-Insel Guadeloupe, die vorletzten Sonntag ihren Krieg um 7000 Kilometer ostwärts verlegte. Eine Sieben-Kilobombe verwüstete die Glitzerräume von Coco Chanel, einer der Wertmarken französischer (Mode-)Weltgeltung.

Ein Anrufer bei der Nachrichtenagentur AFP, der sich als Sprecher der „Groupe de libération armée de la Guadeloupe“ (GLA) ausgab, verkündete: „Auch auf dem Boden des Kontinents wird jetzt für die nationale Unabhängigkeit gekämpft.“

Auf der Nachbar-Insel Martinique in der Karibik kämpfen Einheimische für dasselbe Ziel: Nach einem Anschlag brannte das Justizgebäude teilweise aus. In der Guadeloupe-Hauptstadt Pointe-à-Pitre zerstörte eine Fünf-Kilo-Sprengladung die Ankunftshalle des Flugplatzes Raizet, Stunden nur bevor Weihnachtsurlauber Valéry Giscard d'Estaing von dort zu einem Besuch der französischen Jet-set-Insel Saint-Barthélemy startete.

Der Ruf nach Autonomie oder Unabhängigkeit von Frankreich ist unüberhörbar geworden. Der sozialistische Abgeordnete von Martinique, der Dichter Aimé Césaire, wie auch die kommunistische Partei von Guadeloupe, haben ihn längst erhoben.

Womöglich sind es nur Dutzende von Aktivisten, die jetzt schießen und bomben, und dennoch werden die Attentate in Paris als „beunruhigendes Phänomen“ („L'Express“) gewertet.

Denn Guadeloupe und Martinique sind für Frankreichs Politiker Departements, als ob sie an der Loire oder der Marne und nicht in der Karibik lägen, „unwiderruflich“ Teil Frankreichs, so der für die Übersee-Gebiete zuständige Staatssekretär Paul Dijoud.

Sollten die Guerillas ihren Krieg in diesen Monaten vor den Präsidentschaftswahlen weiter verschärfen, muß Präsident Giscard d'Estaing, in Umfragen seit voriger Woche erstmals im